

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

02.08.2023

Inhalt

EWN

| | |
|---|---|
| 1 Wirtschaft klagt über fehlenden Nachwuchs <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 02.08.2023</i> | 3 |
| 2 Neuer Reaktor am Netz <i>die tageszeitung, 02.08.2023</i> | 4 |

Wirtschaft klagt über fehlenden Nachwuchs

Dem Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern geht der Nachwuchs aus. Obwohl bessere Verdienstmöglichkeiten und gute Aufstiegschancen das Interesse der Schulabgänger an Jobs im Handwerk erhöht haben, droht wie in den Vorjahren erneut mehr als ein Drittel der angebotenen Ausbildungsplätze unbesetzt zu bleiben. Im Vorjahr hatten rund 1100 junge Leute im Nordosten eine Handwerkerlehre begonnen. Doch 750 Stellen blieben offen. Gefragt sind aktuell vor allem Nachwuchskräfte im Elektro- und Sanitärbereich.

Die gesamte Wirtschaft im Nordosten klagt über fehlenden Berufsnachwuchs. Nicht nur im Handwerk, auch in Industrie, Handel und Gastronomie sind die Lücken groß. Den Arbeitsagenturen wurden 2022 im Nordosten insgesamt rund 7600 Ausbildungsplätze angezeigt. Dem standen knapp 3600 gemeldete Bewerber gegenüber. Als Gründe für den Mangel an Azu-

bis gelten die demografische Entwicklung und eine gestiegene Neigung zum Studium.

Die Anfang Juli vorgestellte neue Azubiumfrage der Industrie- und Handwerkskammern im Land machte erneut deutlich, dass Bewerber gute Chancen haben, den von ihnen gewünschten Ausbildungsplatz zu erhalten. Die Befragung der Unternehmen zeigte, dass etwa jeder zweite befragte Betrieb seine offenen Plätze nicht besetzen konnte.

Der Deutsche Mittelstands-Bund forderte angesichts des zunehmenden Personalmangels eine Aufklärungsoffensive in den Schulen, damit junge Menschen eine solide Vorstellung von ihrem zukünftigen Berufsleben bekommen. In der Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen sei inzwischen jeder Sechste ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

die tageszeitung | 02.08.2023 | S. 7

Auflage: 47.381 | Reichweite: 295.933

Beate Willms

Neuer Reaktor am Netz

Nach mehr als 30 Jahren ist in den USA wieder ein AKW-Block in Betrieb genommen worden. Er soll die Renaissance der Atomkraft einläuten

Mit sechs Jahren Verspätung ist im US-Bundesstaat Georgia am Montag wieder ein komplett neuer Atomkraftwerksblock in Betrieb genommen worden. Der Reaktor Vogtle 3 des Typs AP1000 bringe 1.100 Megawatt Nettoleistung und könne rund eine halbe Million Haushalte mit Strom versorgen, sagte Kim Greene, Vorstandschef des Betreibers Georgia Power, am Montag. Vogtle 3 soll gemeinsam mit dem derzeit noch im Bau befindlichen gleich starken Block Vogtle 4 die Renaissance der Atomkraft in den USA einläuten.

Entsprechend sprach Greene von einem „beeindruckenden Beispiel für Georgias zuverlässige und widerstandsfähige Energiezukunft“. In den USA gibt es die meisten Atomkraftwerke weltweit, Neubauten hatte es jedoch wegen der immer wieder immens steigenden Kosten und auch aus Bedenken wegen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen lange Zeit nicht gegeben. Erst die Klimakrise hat der Atomlobby wieder Aufwind verschafft. Der vorletzte Präsident Barack Obama kündigte an, die Kapazitäten an Atomstrom ausbauen zu wollen, um unabhängiger von klimaschädlichen

fossilen Energien zu werden. In seine Amtszeit fallen auch die Genehmigungen für die beiden Neubauten an der nuklearen Anlage Vogtle.

Der Energiekonzern Southern Company, zu dem neben Georgia Power auch diverse fossile Tochterunternehmen gehören, will bis 2050 klimaneutral werden. Dabei spielen Vogtle 3 und 4 eine große Rolle: Wenn auch der letzte Reaktor am Netz ist, soll das Atomkraftwerk „die größte kohlenstofffreie Erzeugungsanlage des Landes“ sein, heißt es aus dem Unternehmen.

Allerdings gab und gibt es beim Bau die gleichen Probleme wie überall auf der Welt mit Atomanlagen: Zu der immer wieder verlängerten Bauzeit – ursprünglich sollten beide Reaktoren bereits Ende 2016 in Betrieb gehen – kommen sprunghaft angestiegene Kosten. Statt der zunächst veranschlagten 14 Milliarden US-Dollar sind inzwischen etwa 34 Milliarden US-Dollar aufgelaufen. Minderheits-Anteilseigner hatten zwischenzeitlich damit gedroht, ihre Beteiligungen einzufrieren. Was daraus geworden ist, war am Dienstag nicht zu erfahren.